

## Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (6. Wahlperiode)  
am **02.10.2018**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herrn Michalski

### Die Gemeindevertreter:

1. Karl-Heinz Olschewski	X
2. Bernhard Franke	X
3. Jürgen Michalski	X

### sachkundige Einwohner:

4. Günter Tiedemann	X
5. Dirk Brieger	ab 16:50 Uhr

### Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsotr. Finanzen
Herr Gardeja	-	Kurdirektor
Frau Küster	-	SGL Zentr. Dienste u. Soz.
Frau Ramthun	-	SB Zentr. Dienste u. Soz.
Frau Guruz	-	Amtsotr. Bauamt

**Niederschrift der 23. Sitzung des Finanzausschusses vom 02.10.2018**  
**- öffentlicher Teil -**

**Teilnehmer:** siehe Anwesenheitsliste  
**Tagungsort:** Sitzungsraum 117, Gemeindeverwaltung  
**Beginn:** 16:30 Uhr  
**Ende:** 18:30 Uhr

**zu 1.**

Herr Michalski begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2.**

**Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.**

**Tagesordnung:**

öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Lesung und Beratung des Haushaltsplanes 2019 der Gemeinde Ostseebad Binz
5. Lesung und Beratung zur Kurabgabe in der Gemeinde Ostseebad Binz
6. Lesung und Beratung zur Fremdenverkehrsabgabe in der Gemeinde Ostseebad Binz
7. Lesung und Beratung des Wirtschaftsplanes 2019 des Eigenbetriebes Kurverwaltung Ostseebad Binz

nicht öffentlicher Teil:

8. Sonstiges

**zu 3.**

Keine Anfragen

**zu 4.**

Herr Behrens gibt Erläuterungen zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2019 unter der Überschrift „**Erweitern, Erschließen, Erhalten**“, welcher dieses Mal in einer kompakteren Variante vorliegt. Herr Behrens bittet hierzu um ein Feedback der Ausschussmitglieder - ggf. würde er den kommenden Haushalt wieder in der bisherigen umfangreicheren Ausführung erstellen, wenn das gewünscht wird.

**Ziel der Planung:**

- ausgeglichener Haushalt
- Pflichtaufgabenerfüllung (u. a. Ausstattung der Schulen, Feuerwehr, Kitas und Unterhaltung der gemeindlichen Infrastruktur)
- Umsetzung der Beschlüsse der Gemeindevertretung (Verkauf MZO, Bau Vereinsgebäude)
- Aufrechterhaltung der freiwilligen Leistungen (Begrüßungsgeld, Zuschüsse an Vereine, Unterhaltung der Sportstätten, Spielplätze, Freizeitzentrum) – keine Veränderungen bei der Ausgabenhöhe
- Beibehaltung der Steuersätze (ggf. Probleme in den Folgejahren, da der Grundsteuersatz in Binz im Vergleich zum Durchschnittssteuersatz des Landes zu niedrig ist)
- keine Aufnahme von Fremdkapital in 2019 geplant, sondern Finanzierung aus den Rücklagen
- daraus folgt: keine genehmigungspflichtige Haushaltssatzung – nur Anzeige

**Ergebnisse der Vorjahre:**

- Ergebnis 2017 liegt noch nicht vor, alle Werte sind vorläufig
- Ansatz 2018 sind die Zahlen des Haushaltsplanes 2018 – Nachtrag muss erst durch die Gemeindevertretung beschlossen werden

**Noch nicht berücksichtigt:**

- Orientierungsdatenerlass (Schlüsselzuweisung, EST/UST-Zuweisung, Familienleistungsausgleich) – Planung anhand der Vorjahre
- Höhe der prozentualen Kreisumlage

**Stellenplan:**

- Stelle Nr. 23 (Amtsleiter Bauamt) erstmals mit KU-Vermerk versehen (Verpflichtung durch das Land, Beamtenstellen zu schaffen – Kompromiss, dass frei werdende Stellen mit Beamten nachbesetzt werden)
- Umsetzung SB Bußgeld/Verkehr (Nr. 25) in SB Baucontrolling (Nr. 35)
- unbesetzte Stelle SB Ortsentwicklung (Nr. 34) soll besetzt werden
- Reinigungskraft 1,5 VzÄ (Nr. 37 und Nr. 43) in Grundschule und Halle IV (zur Prüfung, ob Reinigung mit eigenen Kräften qualitativ besser durchgeführt werden kann)

**Ergebnishaushalt:**

- Jahresergebnis: 1.571.600 €
- hauptsächlich der Tatsache geschuldet, dass MZO und Fläche Sporthalle I verkauft werden
- Erlöse von 3,86 Mio. € werden nicht ins Ergebnis, sondern in laufende Aufwendungen fließen
- Rücklagen werden nicht gebildet oder aufgelöst
- Haushaltsausgleich in Ergebnisrechnung ist erreicht

**Finanzhaushalt:**

- laufender Haushalt wird ein Defizit von 1.856.100 € aufweisen – damit Haushaltsausgleich im Jahr nicht gegeben, kann aber mit Vorträgen erreicht werden
- Investitionshaushalt wird Überschuss von 1,482 Mio. € ausweisen
- 8,6 Mio. € Investitionen stehen Einzahlungen von 10,1 Mio. € gegenüber, davon 5,68 Mio. € aus Veräußerungen Grundstücke und 4,44 Mio. € Zuwendungen für Investitionen
- Finanzmittelbestand am 31.12.2019 liegt voraussichtlich bei 500.000 €
- Folgeprojekte und laufender Haushalt ab 2020 über Fremdfinanzierung oder Kontokorrentkredite

**Erweitern:**

- bezogen auf das Gebiet Prora

**Erschließen:**

- MZO-Gelände, EWE-Gelände

**Erhalten:**

- Straßensanierung
- Anschaffung neues Tanklöschfahrzeug (450.000 €, 2/3-Förderung beantragt)

Herr Michalski sieht das hier vorliegende Zahlenmaterial als absolut ausreichend an. Die Unterlagen sind nachvollziehbar und verständlich.

Auf die Frage von Herrn Michalski zur Ausstattung des neuen Tanklöschfahrzeuges antwortet Herr Schwerin, dass es sich um ein Fahrzeug für die Wasserversorgung handelt, welches 4.000 Liter Wasser transportiert, aber hinsichtlich der Ausstattung nicht mit einem Hilfeleistungsfahrzeug vergleichbar ist. Das alte Fahrzeug ist 22 Jahre alt und eigentlich nach 15 Jahren abgeschrieben. In der Brandschutzbedarfsplanung sind die Vorhaben festgelegt. Bezüglich der Förderung hofft man auf positive Resonanz, zumal aufgrund der diesjährigen trockenen Witterung weitere Fördermöglichkeiten in Aussicht gestellt wurden. In Bergen ist ein Tanklöschfahrzeug mit 50 % gefördert worden.

Im Bereich Soziales wird es Änderungen geben, wenn die Kita-Plätze kostenlos werden, so Frau Tredup. In der Planung ist dies aber noch nicht berücksichtigt, da man noch nichts Konkretes weiß.

Bei der Kreisumlage ging Herr Behrens nach wie vor von 46 % aus. Grundlage ist die Steuerkraft. Da 2017 ein sehr gutes Jahr mit 5,2 Mio. € Gewerbesteuern war, ist diese besonders hoch und damit auch die Kreisumlage.

Herr Olschewski erkundigt sich nach der Summe, die für den Verkauf des Turnhallengeländes erwartet wird.

Hier ist der Bodenrichtwert anzusetzen, so Herr Behrens. Er geht von 460 € pro m<sup>2</sup> aus.

Herr Brieger erscheint zur Sitzung.

Frau Guruz informiert zum Bereich **Bau und Investitionen:**

- **Hochbau:** Aufbau eines Gebäudemanagements für die Liegenschaften der Gemeinde, um mit diversen Investitionen die Energieeffizienz zu erhöhen (z. B. Regionale Schule, Sporthalle II – Umstellung auf LED)
- neuer Kollege im Hochbau ist zertifizierter Bauwerksprüfer, bringt dafür das notwendige Know-how mit
- **Tiefbau:** hoher Stellenwert, Ursache Prora (Ausbau Knotenpunkt Prora)
- Hoffnung auf hohe Förderung
- in ca. 2 Wochen geht es mit dem Ausbau weiter – bis Dezember 2018, dann weiter in 2019
- Bemühung, den Sommer frei zu halten
- Ausfahrt Leitplanke Bergen: Öffnung der Ausfahrt nach Mukran ist erfolgt, nun Prüfung der alten verschütteten Ausfahrt unter der Brücke – erste Gespräche mit dem Straßenbauamt fanden statt, somit wäre auch die Ausfahrt nach Bergen möglich und man könnte sich den extrem teuren Ausbau des Knotens (7 Mio. €) vorerst ersparen
- LOI 2 ist durch den Landkreis gegangen, Flächen vom Landkreis werden an die Gemeinde übertragen
- Beginn im Frühjahr 2019, den Parkplatz hinter dem Deutschen Jugendherbergswerk zu ertüchtigen und für die Strandzuwegungen vorzubereiten (Aufstellung von Parkautomaten; Einnahmen decken sich voraussichtlich mit den Investitionskosten von 50.000 €)
- Proraer Allee 300 m Ausbau – schließt an den Ausbau Richtung Binz vom Knotenpunkt Dachdecker Kubbe – Begradigung der Straße
- wichtiger Punkt: fußläufige Überquerung Bahnübergang MZO – Besprechung verschiedener Konzepte, u. a. mit der Deutschen Bahn
- Vorbereitung Putbuser Str. Linksabbiegespur usw.
- größere **Hochbauprojekte:** Parkhaus am Strandweg (jetzt noch Strandstraße) hinter dem Ortseingangsschild Prora rechts – hier laufen Verhandlungen mit einer süddeutschen Firma, die Parkhäuser aus Holz baut, welches sich in Prora schnell in die Waldsituation eingliedern würde (gebaut wurde bisher noch keins, ist erst in der Entwicklung – möglicherweise könnte der Prototyp in Prora zu günstigen Konditionen gebaut werden)
- Ausstattung mit neuer Straßenbeleuchtung Verlängerung Bahnhofstraße, Kleinbahnhof, Sportplatz, Goethestraße, Mittelstraße
- Planung von 10 Buswartehäuschen in Prora (einheitliche leichte Glaskonstruktion ohne Werbung mit Aussicht auf Förderung), initiativ dazu Knotenausbau Prora, hinzu kommen die Haltestellen des erweiterten Ortsbusses
- vorgesehen sind 3 Wettbewerbe, die in die Planung Leistungsphase 1 – 4 gehen – Kompetenzzentrum, Dreifeldhalle, evt. überdachter Tribünenbereich für das Stadion
- **Bereich Umwelt:** Grünentwicklungsplan für Binz (beinhaltet strategische Teile und planerische Komponente für den Umgang mit den Grünflächen in Binz)
- Neugestaltung kommunaler Friedhof – Beginn der Planung

Herr Michalski erkundigt sich nach der geplanten Kompostieranlage.

Die Kompostieranlage soll am bisherigen Standort neu entstehen, so Frau Guruz. Die Anschaffung ist aufwendig, aber der gesamte grüne Müll und evt. sogar der Biomüll könnten dort entsorgt werden.

Frau Holtz kritisiert, dass die Einwohner für das Abgeben von Laub bezahlen müssen.

Frau Guruz äußert dazu, dass die Gemeinde- und die Kurverwaltung 60.000 € für den Abtransport zahlen mussten, weil seit 3 Jahren nichts weggebracht wurde. Demgegenüber ist der Preis für die Anwohner gering.

Herr Michalski weist auf die Unterhaltskosten und die Personalkosten für die Bedienung der Anlage hin.

Frau Guruz meint, dass dort nicht täglich jemand anwesend sein muss, ggf. nur, wenn der Kompost gewendet wird.

Herr Olschewski fragt nach dem geplanten Parkhaus im Strandweg – welche Fläche ist dafür vorgesehen?

Das Grundstück vorn links gehört der Wohnungsgenossenschaft Prora. Die Flächen vor den Blöcken gehören der Gemeinde, so Frau Guruz. Hier laufen Verhandlungen, die Grundstücke evt. zu tauschen. Die Fläche mit dem Wald ist zu klein für ein Parkhaus. Vorgesehen ist die Fläche hinter dem rechten Block.

Herr Olschewski bittet um nähere Erläuterung zum geplanten Ausbau der Straße von der Dachdeckerei Kubbe – soll die S-Kurve herausgenommen werden?

Es wird gerade geprüft, ob das möglich ist, so Frau Guruz. Die Kurve ist sehr ausgefahren, die Busse fahren dort lang, die Radfahrer – da muss etwas passieren.

Die Ausschreibung zum Vereinshaus auf dem EWE-Gelände soll möglichst Ende dieses Monats veröffentlicht werden, so Frau Guruz auf die Frage von Herrn Olschewski.

Herr Brieger spricht den Parkplatz hinter der Jugendherberge Richtung Mukran an. Hier existiert bereits eine große Fläche, die nicht gerodet werden müsste.

Hier haben wir leider keinen Zugriff, so Frau Guruz, das ist Privatgelände.

Herr Brieger fragt, ob man den Radweg von Prora Nord bis fast nach Mukran instand setzen könne (erhebliche Mängel am Eisenbahnmuseum bis zur Kreuzung).

Das ist in den Reparaturmaßnahmen enthalten, so Frau Guruz. Die großen Wurzelschäden bei der Jugendherberge sollen ebenfalls beseitigt werden (5. Straße soll sowieso später grundhaft erneuert werden).

Herr Olschewski fragt, was sich hinter dem Familienleistungsausgleich verbirgt.

Das wird Herr Behrens in Erfahrung bringen.

Herr Michalski bedankt sich bei Frau Guruz für die Ausführungen und verabschiedet sie.

Herr Behrens sieht es derzeit nicht als erforderlich an, eine Haushaltssperre bis zum Verkauf des MZO-Geländes zu erlassen. Das hat in diesem Jahr auch nicht funktioniert. Er appelliert an die Gemeindevertretung, den Verkauf der Grundstücke zu forcieren, um die zahlreichen geplanten Projekte durchführen zu können.

## **zu 5.**

Herr Gardeja informiert:

- wichtige Steuerungsgröße ist die Erweiterung des Erhebungsgebietes aufgrund der Prädikatisierung des Ortsteiles Prora
- vorgesehen ist ein gesamtes Erhebungsgebiet Binz und Prora
- kalkulatorisch einheitlicher Kurbeitrag soll geschaffen werden
- angepasste rechtliche Erfordernisse (z. B. Datenschutz-Grundverordnung) müssen berücksichtigt werden
- Ausnahme-, Freistellungstatbestände (Reisen bis 18 J.) ohne Kurabgabe
- nach Vorstellung im Betriebs- und Finanzausschuss gehen die Daten in die Kalkulation
- freiwillige Modernisierung der Begrifflichkeiten, z. B. Jahresgästekarte statt Jahreskurkarte
- Begriff „Kur“ ist nicht mehr zeitgemäß
- Gültigkeitszeitraum der Satzung soll auf ein Jahr begrenzt werden, so kann auf die Entwicklung von Prora besser reagiert werden (Bettenzahl, tatsächliche Einnahmen, Investitionen, Bewirtschaftungskosten usw.)
- 2,85 € pro Person ganzjährig

Vorgesehen ist, dass 26 Erlebniseinheiten im Erhebungsgebiet (Museen, Wassersport, Eintritte, Reederei usw.) fester Bestandteil der Kurabgabe werden sollen – das wären 1,05 €, so dass wir bei einer Kurabgabe von 3,80/3,90 € liegen würden. Die Gästekarte würde anders gestaltet als die klassischen Meldescheine und mit einem Booklet zur Orientierung o. dgl. ergänzt werden. Im Betriebsausschuss gab es 4 Kernaussagen, die zu prüfen und einzuarbeiten sind:

1. Thema Saisonalität noch einmal berechnen (obwohl gleiche Kosten in Vor-, Haupt- und Nachsaison) – Hauptsaisonzeit soll mit 4 Monaten definiert und so kalkulatorisch abgebildet werden; Nachteil: Hauptsaison würde teurer werden
2. zeitliche Umsetzung Gästecardsystem; Entwicklung auf der gesamten Insel abwarten?
3. Jahresstatistik: nur mit den in den jeweiligen Monaten am Markt vorhandenen Betten kann gerechnet werden, nicht mit den tatsächlichen Betten, somit auch für jedes Jahr neu ausrichten, so dass keine Vergleichswerte vorliegen können
4. gesamte Kalkulation, Eingangspreise, beteiligte Leistungspartner sollen vor dem kommenden Betriebs- und Finanzausschuss den Ausschussmitgliedern vorgelegt werden, so dass die Beschlussfassung im Finanzausschuss am 06.11.2018 empfohlen werden kann

Bisher war in der Satzung von der teilweisen Deckung der Aufwendungen für den Erhalt der touristischen Infrastruktur die Rede – rechtlich ist sie zu 100 % einzukalkulieren. Deshalb Streichung des Wortes „teilweise“.

- weiterer wichtiger Punkt: Verwendung der Kurabgabe – klare Zuordnung nur für bestimmte Kosten- und Projektpositionen möglich

- Sportveranstaltungen, bei denen die Kurverwaltung nicht Veranstalter ist, dürfen nicht von der Kurabgabe finanziert werden, z. B. IRONMAN, SMART-Beach-Cup, da hier keine Teilnahmemöglichkeit für den Gast besteht.

#### zu 6.

Herr Gardeja: Der IRONMAN und andere Sportveranstaltungen wurden vorerst kalkulatorisch bei der Fremdenverkehrsabgabe berücksichtigt. Die Fremdenverkehrsabgabe ist tatsächlich nur für Fremdenverkehrswerbung zu verwenden. Alles andere, wie z. B. Infrastruktur, Bewirtschaftung, Wegeleitsystem, Radwege, ist in der Kurabgabe enthalten. Bis dato haben wir einen Großteil der Kosten im Marketingbereich auch über die Kurabgabe finanziert. Das bedeutet, dass der Gast zweimal belastet wurde – einmal für die Nutzung der Infrastruktur, einmal für die Werbung. Der Werbeanteil gehört in die Fremdenverkehrsabgabe. Geahnt hatte man das schon länger, nun ist es rechtlich geprüft worden und wird geändert. Die Fremdenverkehrsabgabe hat durch die Hinzunahme des Erhebungsgebietes Prora einen neuen kalkulatorischen Ansatz, weil wir neue Gewerbeeinheiten belasten. 350.000 € wurden aus dem Erhebungsgebiet Prora in die Kalkulation aufgenommen. Durch die Hinzunahme und Verschiebung der tatsächlichen Marketing- und Werbebudgets aus der Kurtaxe zuzüglich zu den Sportveranstaltungen entsteht eine signifikante Steigerung von insgesamt 1,01 Mio. €. Möglichkeiten der Reduktion bestehen, indem andere Finanzierungsmöglichkeiten für den IRONMAN gefunden werden.

Im Bereich der Tourismuswerbung ist vorgesehen, dem Gast bei Anreise eine Gastgeberbroschüre zur Verfügung zu stellen, die als Rückvergütung für die Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe zu sehen ist. Für die Buchungen von Unterkünften auf unserer Website werden keine Provisionen mehr erhoben, sondern dem Vermieter wird die Möglichkeit gegeben, über einen vernünftigen Preis die Erhöhung der Fremdenverkehrsabgabe zu finanzieren.

Aus dem Betriebsausschuss wurden einige Punkte mitgenommen, z. B. Aufrechnung, was die Steigerung von 48 % in einigen Kategorisierungen bedeutet. Durch die Kategorisierung in den Branchen (Standkörbe, Betten, Arbeitskräfte, m<sup>2</sup> usw.), die vom Tourismus profitieren, bekommen wir einen tatsächlichen effektiven Betrag je Gewerbeeinheit. Das soll für einige Beispiele ausgearbeitet werden. Mit diesem Realgrößenmaßstab nicht erreicht werden Betriebe wie die Telekom, Energieversorger – deshalb Vorschlag, ab 2020 ein neues Erhebungsmodell auf Basis eines Umsatzbezuges mit 3 Berechnungsgrößen einzuführen: 1. Bezugsgröße (profitieren vom Tourismus), 2. Bezugsgröße anhand der Richtsatzsammlung des Bundesfinanzministeriums (Umsatzgrößen der Finanzämter). Der Verwaltungsaufwand für die Erhebung wird somit grundlegend vereinfacht.

In den kommenden Monaten wird ein Satzungsentwurf für eine komplett neue Satzung erstellt. In der jetzigen Satzung, die auch 2019 noch Bestand hat, werden nur zwei Dinge geändert, die Hinzunahme des Erhebungsgebietes Prora und die Möglichkeit der Datenerhebung anhand der Richtsatzsammlung für die neue Abgabenerhebung anhand des Umsatzbezuges. Dies würde für die ansässigen Gewerbeeinheiten eine Senkung der Sätze bedeuten, weil wir eine Zunahme der Einheiten insgesamt erreichen.

Herr Michalski stellt die Frage, ob durch die neue Betrachtung ein Zuwachs in Binz nur aus der Erhöhung der bisher angeforderten Unternehmen entsteht oder kommen durch neue Betrachtungen weitere Unternehmen hinzu?

Unternehmen wurden hinzugenommen, so Herr Gardeja, z. B. Aldi, Lidl. Die Möglichkeit der Schätzung besteht außerdem. Neue Unternehmen kommen somit 2019 hinzu, die wir bisher noch nicht fassen konnten.

Die im Haushalt abgebildete Eingangsgröße liegt bei 1,01 Mio. €.

Herr Olschewski regt eine Zusammenkunft mit den betroffenen Unternehmern an, um sie über die Änderungen zu informieren.

So eine Veranstaltung ist ohnehin geplant, so Herr Gardeja.

Frau Holtz hätte gern ein konkretes Beispiel, wie sich die Erhöhung auswirkt.

Herr Gardeja spricht noch einmal das Vorhaben an, nach den Herbstferien die Ausschusmitglieder zu einer informellen Runde einzuladen.

Herr Michalski äußert sich als direkt Betroffener, dass er in Kürze genaue Zahlen braucht, was im kommenden und in den folgenden Jahren auf das Unternehmen zukommt; so wird es auch den anderen Unternehmern gehen.

Herr Gardeja sagt, dass im Betriebsausschuss bewusst keine Vergleichsdaten von anderen Ostseebädern verwendet wurden. Binz muss einen eigenen Weg finden, unabhängig davon, wie die Zahlen woanders sind. Trotzdem eine kurze Aussage dazu: in Zingst sind es 27 € pro Bett, bei uns momentan 10,85 €.

Der Hinweis von Herrn Michalski, dass mehr als 50 % der Gemeindevertreter selbst Gastgeber sind, ist lt. Herrn Behrens nicht relevant. Er hat sich in der Kommentierung zum Kommunalabgabengesetz informiert, die betroffenen Gemeindevertreter dürfen durchaus mit abstimmen.

Aber das Problem ist, **wie** sie abstimmen, so Herr Michalski.

Sie müssen dann schon aus Sicht eines Gemeindevertreters abstimmen, so Herr Behrens.

Herr Michalski kommt auf den gestrigen Betriebsausschuss zurück und die großen „Bauchschmerzen“, die dort hinsichtlich der Erhöhung der Kurabgabe von 2,85 € auf 3,90 € geäußert wurden. Problematisch ist hierbei sicherlich, dass die notwendige Kommunikation vom Gastgeber zum Gast nicht so richtig funktioniert. Es wäre wichtig, dem Gast die Werte hinter der Kurabgabe zu erklären, anstatt sie nur als „Zwangsabgabe“ zu sehen. Somit sollten die Mitarbeiter in den Hotels usw. ausreichend geschult werden bzw. die Gäste schon zu Hause wissen, welche Vorteile sie mit der Gästecard haben werden.

Herr Gardeja hatte darauf hingewiesen, dass ein Großteil der Anreisen ab Mai stattfinden, so dass man noch eine gewisse Vorlaufzeit hat, um die Gäste zu informieren. Diskussionen über den richtigen Zeitpunkt wird es immer geben. Wir halten den Moment für richtig, weil die Marke „Binzer Bucht“ gestellt ist, das Thema der Kurkarte grundsätzlich geändert werden soll, denn die Gäste wollen nicht nur WCs und saubere Strände, sondern Zusatzleistungen. In den größeren Zentren, z. B. Berlin, Hamburg, kauft man sich die Gästekarte, das funktioniert in einer Flächenregion wie unserer leider nicht.

Zur Frage, ob man abwarten wolle, was die Tourismuszentrale macht, äußert Herr Gardeja, dass man dort auf eine Mobilitätskarte setzen wird, welche nicht in die Kurabgabe integriert ist, sondern auf freiwilliger Basis funktionieren soll. Ein ähnliches Modell wurde für Binz berechnet, wobei man auf mehr als 4,50 € (+2,85 €) kam, was nicht als vertretbar angesehen wird.

Die Ausschusmitglieder sind sich darüber einig, dass die Kommunikation mit dem Gast ein sehr wichtiger Punkt ist.

Frau Holtz erkundigt sich, mit wie vielen der 26 Erlebniseinheiten bereits gesprochen wurde.

Mit allen, so Herr Gardeja. Allerdings sind noch alle Konditionen, Akzeptanzen und Terminierungen zu Ende verhandelt. Die Ausrüstung der Erlebniseinheiten mit den Akzeptanzprüfsystemen sind kalkulatorisch mit erfasst, so dass keine Rüstkosten im Kassen- oder Einlasssystem notwendig sein werden. Wir glauben, dass die Kurtaxehrlichkeit steigen wird, weil es sich um eine individualisierte Karte handelt (man geht bisher von ca. 20 % „Nichtzahlern“ aus).

#### zu 7.

Zum Wirtschaftsplan 2019 berichtet Herr Gardeja:

- Teilhaushalte wurden ergänzt: Bereich Reinigung – Unterhaltsreinigung aller Sondervermögenswerte, WC-Anlagen über eigenes Personal (für höhere Verlässlichkeit und Reaktionsmöglichkeit bei stärkerer Nutzung)
- Haushalt weist Plus von 38.000 € aus
- S. 3 Bauvorhaben: Strandverbesserung wegen Sturmschäden, Erneuerung Kurplatz, 3 Öffentliche Toilettenanlagen – sind zwar abgeschlossen, aber Fördermittelfluss wird abgebildet – kann sich noch ändern
- Anpassung der VzÄ im Stellenplan (+ 6 Vollzeitkräfte mit saisonaler Angleichung im Bereich Reinigung und 2 zusätzliche Stellen im Bauhof für Prora für die hinzu kommende Strandbewirtschaftung)
- Hauptschwerpunkte im Wirtschaftsplan liegen bei der Erweiterung des Erhebungsgebietes
- große Projekte: Vorbereitung Planung Promenaden in Prora, Sanierung der Promenaden in Binz, Sanierung der WC- und Toilettenanlagen an der Promenade, Schmachter See, Reisebus- und Kleinbahnhof, Grundsanierung WC 4, Neugestaltung Anleger Seebrücke
- weitere größere Vorhaben sind nicht geplant, um erst einmal die Kassenkredite, die zum Auffangen der nicht ausgereichten Fördermittel dienen, nicht weiter zu strapazieren
- Investitionsplan enthält detaillierte Aussagen zu den Bauvorhaben, Erweiterung des Maschinenparks wegen der Vergrößerung des Erhebungsgebietes usw.
- Herstellung Promenade Block 1 mit entsprechendem Grunderwerb ist abgebildet – derzeit aber Unklarheiten wegen des Insolvenzverfahrens – hier werden sicherlich vor den Außenanlagen erst die Wohneinheiten fertiggestellt (geplant war, die fertigen Außenanlagen von der WIP zu kaufen, dies ist nun fraglich)

Zum Insolvenzverfahren Block 1 erklärt Herr Gardeja, dass es Gespräche mit dem Insolvenzverwalter aus Berlin und dem Bausachverständigen gab, der eine Übersicht zu den ausstehenden Bautätigkeiten erstellt. Bekräftigt wurde von Seiten der Kurverwaltung der Grunderwerb des Promenadenteils und einiger strategischer Flächen. Am 15.09.2018 gab es eine Eigentümerversammlung, wo wir unsere Anliegen darlegten. Der städteblauliche Vertrag regelt Grunddienstbarkeiten (Rettungszuwegungen, Leitungs- und Gehrechte), die es im Rahmen des Insolvenzverfahrens zu sichern gilt.

Herr Olschewski fragt, ob inzwischen ein Platz für die Algenentsorgung gefunden wurde.

Es handelt sich um Flächen im Rahmen der Grundstücksangelegenheiten Verkauf Block 5, so Herr Gardeja. In diesem Bereich ist die Treibselanlage vorgesehen, wo möglichst wenig Geruchsbelästigung entsteht.

Herr Gardeja kommt noch einmal auf den Stellenplan zurück – hier sind zwei zusätzliche Stellen für die Kurkartenkontrolle vorgesehen. Um eine engmaschige Kontrolle zu ermöglichen, wird geprüft, ob auch der Sicherheitsdienst bei den Streifengängen die Kurkarten kontrollieren könnte. Hier ist vorsorglich mehr Geld eingeplant worden.

Auf die Anmerkung von Herrn Olschewski zu den Graffiti an den neuen Rettungstürmen in Prora erläutert Herr Gardeja, dass diese einen neuen abwaschbaren Anstrich bekommen sollen.

Herr Brieger zu den geplanten Sanierungen der Strandabschnitte 36 bis 52: Im FKK-Bereich gab es wieder Probleme, die Durchsagen der Rettungsschwimmer werden dort nicht gehört, weil die Lautsprecher nicht funktionieren.



Auf den Rettungsturm 1 wurde eine zentrale Anlage gesetzt, informiert Herr Gardeja. Nach und nach werden IP-gesteuerte Lautsprecher eingesetzt, dann sollten alle wieder ansprechbar sein.

**Der Finanzausschuss äußert keine zusätzlichen Anmerkungen zum Wirtschaftsplan, sondern verweist auf die bereits im Betriebsausschuss vorgebrachten Punkte. Die Ausschussmitglieder begrüßen den Vorschlag, vor den regulären kommenden Ausschusssitzungen eine gemeinsame informelle Sitzung einzuberufen.**



Michalski  
Ausschussvorsitzender



Lüßky  
Protokollantin